

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Hunger! Hunger!!

Die Erwerbslosennot führt zur Explosion — Demonstrationen in Berlin, Ruhrgebiet und Frankfurt

Berlin, 30. November.

In den Mittagsstunden kam es heute vor dem Wohlfahrtsamt Tiergarten in der Steglitzer Straße 51 zu großen Ansammlungen. Etwa tausend arbeitslose Frauen und Männer hatten auf dem Wohlfahrtsamt vorgesprochen und verlangten Kartoffelbezugsscheine, die aber den Antragsstellern verweigert wurden. Die Abgewiesenen sammelten sich vor dem Hause an und riefen dauernd: „Hunger, Hunger“. Ein Teil der Leute versuchte die Diensträume zu stürmen, wobei es zwischen den Angestellten des Wohlfahrtsamtes und den Erwerbslosen zu Schlägereien kam. Die Polizei zerstreute die Menge mit dem Gummiknüppel.

Ähnliche Vorgänge spielten sich zur selben Zeit vor dem Rathaus in Steglitz ab. Auch hier ging die Polizei gegen die Demonstranten mit dem Gummiknüppel vor.

Gummiknüppel. Das ist das einzige, was die herrschende Klasse für die Hungernden übrig hat. Um die Öffentlichkeit von dem furchtbaren Ernst dieser Demonstrationen und der unbeschreiblichen Not der Arbeitslosen abzulenken, verbreiten die Behörden eine Meldung, wonach von „bestimmter Stelle“ gefälschte Kartoffelbezugsscheine an die Arbeitslosen verbreitet worden sein sollen, um so Krawalle herbeizuführen.

Hungermarsch an der Ruhr

Schwelm, 30. November.

WTB. Der Schwelmer Bürgermeister erhielt am Dienstag von mehreren Gemeindevertretungen des Ennepe-Ruhrkreises die Mitteilung, daß Erwerbslose durch Plakatanschläge und Handzettel zu einem Hungermarsch nach Schwelm aufgefordert würden, um im Kreishause gegen eine Herabsetzung der Unterstützungssätze zu demonstrieren. Zur Ausführung dieses Planes ist es jedoch nicht gekommen, da die Demonstranten schon in ihren Gemeinden von der Polizei am Abmarsch gehindert wurden. Immerhin durchzogen heute mehrere Trupps in Stärke von etwa 200 Mann die Stadt Schwelm und versuchten, sich zu einem Demonstrationzug zu vereinigen. Die Polizei säuberte die Straßen mit dem Gummiknüppel.

Tumult im Frankfurter Stadtparlament

Frankfurt a. M., 30. November.

WTB. Vor Beginn der heutigen Stadtverordnetenversammlung durchzogen Scharen von Erwerbslosen unter ständigen Rufen „Hunger! Hunger!“ die das Rathaus umgebenden Straßen.

Während aber auf der Straße eine gewisse Ordnung aufrecht erhalten werden konnte, kam es im Stadtverordnetensitzungssaal zu Lärmereien. Die meisten Redner behandelten die Anträge auf Winterbeihilfen mit großer Leidenschaftlichkeit, so daß die Zurufe von den Tribünen immer häufiger wurden.

Als ein Tribünenbesucher von der Galerie entfernt werden sollte, widersetzte er sich, worauf die völlige Räumung der Galerie angeordnet wurde. Diese vollzog sich unter ungeheurem Lärm nur sehr langsam und zuletzt unter Anwendung von Gewalt.

Gemessen an der Riesenziffer von 7 Millionen von Arbeitslosen in Deutschland, wovon die Hälfte nicht einen Pfennig, der Rest wenige

Mark pro Woche Unterstützung bekommt, sind die hier gemeldeten „Krawalle“ von sehr geringem Umfang. Aber es ist klar, daß dies nur ein Anfang ist. Mit dem Eintritt des Winters, wo durch den Frost die Notlage unerbittlich wird, muß es zu immer verzweiflungsvolleren Hunger-Potestaktionen der Arbeitslosen kommen. Das um so mehr, als die herrschende Klasse kaltblütig erklärt, daß sie in diesem Winter kein Geld zu „Sonderbeihilfen“ für die Arbeitslosen hat.

Aber wilde, planlose Verzweiflungskaktionen, so begreiflich sie sind, ändern an der Lage der Arbeitslosen nichts.

Notwendig ist daher der organisierte, planmäßige Klassenkampf

gegen die Erwerbslosennot, für ausreichende Unterstützung. Dieser Kampf kann aber erfolgreich nicht von einer einzelnen Partei und noch weniger von einzelnen Erwerbslosenausschüssen, sondern nur durch die

einheitliche Kampffront aller Arbeiter,

aller Erwerbslosen, ohne Unterschied der politischen Richtung, geführt werden.

Die Gewerkschaften sind dazu die beauferten Organe, diesen Kampf unter Einsatz all ihrer Machtmittel zu führen, planmäßige Massenversammlungen

und Demonstrationen zu organisieren.

Die Gewerkschaftsinstanzen beklagen sich über die „Interesselosigkeit der Masse“, über den „schlechten Versammlungsbesuch“ usw. Das würde mit einem Schlage anders, wenn sie, statt sich auf Anträge und Petitionen an Regierung und Parlament zu beschränken, den entschlossenen außerparlamentarischen Massenkampf der Arbeitslosen aufnehmen und durchführen würden. Sie sind die gegebenen Organe, durch die eine wirklich überparteiliche proletarische Einheitsfront zustande kommen könnte.

Das würde nicht nur zu erfolgreichen Kämpfen für die Erwerbslosen, zum Widerstand gegen Unterstützungsraub und Durchsetzung der Arbeitslosenforderungen führen, sondern es wäre auch gleichzeitig das denkbar beste Werbemittel für die Gewerkschaften selbst. Millionen von Erwerbslosen würden so wieder Interesse für die Gewerkschaften bekommen und in ihnen ihre Interessenvertretung erblicken.

Darum gilt es in den Gewerkschaften zu kämpfen für

Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel für die Arbeitslosen!

Wilhelmstraße völlig ratlos

Hitler ist nicht gekommen — Schleicher hat immer noch die meisten Chancen

Berlin, 1. Dezember.

Die neueste Meldung, die am Donnerstagmittag vom Conti-Nachrichtenbüro herausgegeben wird, lautet folgendermaßen:

„In unterrichteten Kreisen hat man heute mittag den bestimmten Eindruck, daß Hitler nicht nach Berlin kommt. Dagegen besteht die Möglichkeit, daß zwischen ihm und General von Schleicher auf andere Weise Fühlung genommen wird. Und zwar wahrscheinlich nicht über einen Mittelsmann, wie in einem Berliner Morgenblatt vermutet wurde, sondern unmittelbar auf telephonischem Wege. Da man im Augenblick nicht weiß, wann diese Fühlung zustande kommt und über welche Zeit sie sich erstrecken wird, so ist es auch noch ungewiß, wann die allgemein erwartete Ernennung des Generals von Schleicher zum Reichskanzler erfolgt. Zunächst ist eine neue Besprechung beim Reichspräsidenten zu erwarten. Der Zeitpunkt hierfür ist noch nicht bekannt.“

Diese Darstellung der augenblicklichen Situation beleuchtet am besten die Ratlosigkeit in den Kreisen, die für die Ernennung der neuen Regierung ausschlaggebend sind. Trotz aller Bemühungen ist es also nicht gelungen, Hitler zu einer direkten Besprechung mit Schleicher heranzubekommen. Andererseits haben diese Versuche, die Gunst der Gewerkschaften einerseits und der Nationalsozialisten andererseits für Schleicher zu gewinnen, nur dazu geführt, daß auch die letzte und einzige Stütze einer Präsidentschaftsregierung schwankend geworden ist: Die Deutschnationalen kritisieren die Methoden der Regierungsbildung und die geplanten Zugeständnisse aufs schärfste und kündigen in Übereinstimmung mit dem

Stahlhelm an, daß sie ein Kabinett Schleicher wahrscheinlich nicht unterstützen würden. Damit wäre dieser Regierung die letzte, an sich schon schwache Massenbasis entzogen.

Die Deutschnationalen machen darum alle Anstrengungen, die Ernennung Schleichers doch noch zu verhindern. Weil sie gesehen haben, daß ihr eigentlicher Kandidat Papen auf die schärfsten Widerstände stößt, setzen sie sich jetzt für die Ernennung irgendeiner bisher weniger im Vordergrund stehenden „nationalen Persönlichkeit“ ein. In diesem Zusammenhang wurden wieder die Namen Goerdeler und Geßler genannt.

Es besteht jedoch wenig Wehrschlichkeit, daß diese Lösung bevorzugt werden wird. Vielmehr hat noch immer Reichswehrminister v. Schleicher die größten Aussichten, Reichskanzler zu werden. Angeblich soll die Ernennung des neuen Mannes unter allen Umständen noch heute erfolgen, um endlich der Regierungskrise, die durch ihre Dauer und Art dem autoritären System einen schweren Stoß versetzt hat, ein Ende zu machen. Warten wir ab, ob die Kulissen-schieber in der Wilhelmstraße endlich ihr Spiel beenden!

Der Kampf für die allgemeine Wehrpflicht

München, 30. November.

Der Frontkriegerbund, der Unterschriften für ein Volksbegehren zur Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht auf der Grundlage einer allgemeinen Wehrpflicht sammelt, gibt bekannt, daß es ihm gelungen sei, statt der benötigten 5000 Unterschriften 20 000 von den Gemeindebehörden bestätigte Unterschriften für seinen Antrag aufzubringen. Der Antrag sei dem Reichsminister des Innern zugeleitet worden.

14 Jahre Polnische Unabhängigkeit

Zur Psychologie des Reformismus

Von Dr. Joseph Kruk.

Warschau, Ende November.

II.

Die historische Strafe.

Nach der reformistischen Sünde, die wir in Nr. 274 der SAZ behandelt haben, kam die historische Strafe.

Nach der freiwilligen Demission der „Arbeiterregierung“ im Januar 1919) bekamen natürlich die Reaktionen eine Mehrheit in der Nationalversammlung. Die Reformisten unterstrichen doch selber ihre Unfähigkeit. Daß sie die späteren Nationalregierungen unterstützten, ist auch „natürlich“. Man wollte doch einen Anteil an der Koalitionsregierung haben. Es begann der häßliche parlamentarische Kühhandel.

Die Reaktion wuchs, die Arbeiterlage wurde immer schlimmer, aber die Reformisten diskutierten jetzt Monate und Jahre über allerlei „prinzipielle“ Verfassungsfragen: wie man den Senat, wie man den Präsidenten wählen sollte usw. „44 Professoren, Polen — ach! — du bist verloren!“ Und die polnische Arbeiterklasse verlor den Kampf, verpaßte die große historische Möglichkeit...

Als der zweite Sejm und Senat am 9. Dezember 1922 den ersten Staatspräsidenten, den liberalen Universitätsprofessor aus Zürich, den demokratischen Gustav Narutowicz wählte und er sich in den Sejm begab, um den verfassungsmäßigen Schwur zu leisten, organisierten wieder die „National-Demokratische Partei“ und ihre faschistischen Studentenbanden eine große Straßendemonstration (mit Barrikaden!) gegen die „Schandtat“ des Parlamentes. Denn wie konnten diese „patriotischen Helden“ erlauben, daß Polens Präsident teilweise auch mit den Stimmen der nationalen Minderheiten, der Ukrainer, der Juden, der Deutschen und Weißrussen, zur Macht kommen sollte? Am 16. Dezember wurde der Staatspräsident Narutowicz durch den national-demokratischen Intellektuellen Eulegijusz Niewiadomski erschossen!

Eine unerhörte Empörung ging durch ganz Polen. Von allen Seiten verlangte man, daß alle Nester der verbrecherischen faschistischen Konterrevolution endlich ein für allemal vernichtet werden sollten. Die Situation für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung war augerwöhnlich günstig (weil auch die armen Bauern für Narutowicz gestimmt hatten). Es hatte die letzte historische Stunde für eine späte (aber noch nicht zu spät!) revolutionäre Tat geschlagen.

Die reformistische „Polnische sozialistische Partei“ beschloß aber auch diesmal, „loyal“, „konstitutionell“ und „verfassungsmäßig“ zu handeln und „keinem riskanten Abenteuer“ zuzustimmen. Diese Handlung besiegelte nicht nur das Schicksal der polnischen Arbeiter und Bauern, sondern auch das Schicksal der Reformisten selber!

Die Ergebnisse konnte man nun leicht voraussagen. Ermüdet nicht nur durch ihre eigenen Verbrechen, sondern auch durch die Feigheit der „Linken“, der Reformisten, ging die Reaktion in Bälde zu einer vollen Offensive über, und übernahm das Regierungsruder. Noch mehr: die Polnische Sozialistische Partei beteiligte sich selber mit diesen Faschisten, die die größte Lobgesänge zu Benito Mussolinis Ehren sangen (und die die polnischen Arbeiter erschießen ließen) in der Koalitionsregierung!

Die Lage der Arbeiter wurde immer schlimmer, die „Sparsamkeit“ wurde auf Kosten der armen Schichten durchgeführt. Die armen Bauern, Handwerker und alle arbeitenden Schichten wurden in eine große Not hineingetrieben. Die nationalen Minderheiten wurden unarmherzig unterdrückt, die Gefängnisse waren voll mit politischen „Verbrechern“.

Die Reformisten beruhigten aber die arbeitenden Massen. Ihre Führer saßen doch bequem auf den „nicht riskanten“ kapitalistischen Ministersesseln — zusammen

mit den Faschisten und Arbeitermördern. Es soll doch jetzt eine neue Theorie (ähnlich wie bei der SPD) „Der Nachkriegsstaat ist schon kein reiner Klassenstaat, die Klassenorganisationen sind schon keine Klassenorganisationen mehr, die Sozialisten müssen mitverantwortlich sein für die Staatsleitung sein, sie müssen Partner der Bourgeoisie werden.“

Als die Lage der arbeitenden Schichten immer schlimmer wurde, wuchs auch die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung. Es bildete sich wieder eine objektive „revolutionäre Situation“.

Die Reformisten konnten und wollten sie natürlich nicht ausnutzen. Die Kommunisten, nach einer langen Kette der permanenten Fehler und Unzulänglichkeiten, waren schwach und unfähig zu irgendeiner großen revolutionären Tat.

So kam „der Sturm“ von einer ganz anderen Seite!

Pilsudski, der einen alten Streit mit den Nationaldemokraten hatte und gegen den sie einen bitteren persönlichen Kampf geführt haben für war des gemordeten Staatspräsidenten Natulowicz' innerer Freund) — „besichtigte“ sich freiwillig, legte alle wichtigen Ämter nieder, und wurde wieder „die schweigende Sphinx“!

Wollte die Polnische Sozialistische Partei keine Arbeiter-Revolution machen, so machte Feldmarschall Pilsudski eine militärische Revolution.

Am 12. Mai 1926 führte er seine Armeen nach Warschau, und nach dreitägigen Kämpfen siegte er vollständig. Da die alle faschistische Regierung von allen Seiten tief verhaßt war, haben die breiten Bevölkerungsschichten Pilsudski Hilfe geleistet. Sogar die Kommunistische Partei sandte zu ihm eine Delegation und veröffentlichte einen Aufruf, in dem Pilsudskis Kämpfe „für die Freiheit der polnischen Nation“ (buddistähnlich) gepriesen wurden! Natürlich, daß sich auch die Reformisten bald im Generalstab meldeten, und sich bereit erklärten, Befehle entgegenzunehmen. Pilsudski aber schwieg — zum dritten Male ...

Zu seinem alten Haß gegen die Nationaldemokratische Partei kam jetzt eine Abneigung gegen die Polnische Sozialistische Partei, die zusammen mit den Nationaldemokraten in den Koalitionsregierungen saß.

Die Reformisten unterstützten Pilsudski und seine „antiparlamentarische“, „präsidiale“ Regierung während der drei nächsten Jahre. Erst als Pilsudskis Opposition gegen die Sozialistische Partei immer schärfer wurde, ging sie auch schließlich zur Opposition über.

Der Kampf wurde immer schärfer. Und dieselbe Polnische Sozialistische Partei, die Pilsudski mit Washington und Garibaldi verglich, hatte jetzt immer mehr Vergleichspunkte mit Benito Mussolini.

Schließlich bildeten die Reformisten wieder einen „Oppositionellen Block“ mit verschiedenen bürgerlichen Elementen, der sich die Aufgabe stellt, die parlamentarisch-demokratische Lage vor dem Jahre 1926 wiederherzustellen.

Die vierzehn Jahre polnischer Unabhängigkeit beweisen, daß die polnische Republik eine historische Notwendigkeit war.

Polen hat seine national-republikanische Selbständigkeit erobert, aber in der unabhängigen Republik sind mit spontaner Kraft neue geschichtliche Probleme entstanden, von welchen Polens Schicksal abhängig wurde. Zu den politischen und kulturellen Problemen ist seit einigen Jahren eine scharfe Agrar- und Industrie-Krise hinzugekommen.

Es ist der größte Unsinn zu denken (wie das die Reformisten tun), daß, um alle politischen und sozialen Fragen zu lösen, Polen einfach zu der alten „parlamentarischen“ Zeit (die nie demokratisch und arbeiterfreundlich war) zurückkehren könne und daß daher eine neue Koalition mit den bürgerlichen Parteien nötig sei.

Die Unabhängige Polnische Sozialistische Republik als ein Teil der freien europäischen Föderation der sozialistischen Republiken — ist der einzige proletarische Ausweg und ist eine historische Notwendigkeit. Das lehrt uns die vierzehnjährige Geschichte der polnischen Republik.

Das Ende der badischen Koalition

Karlsruhe, 30. November

WTB. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rückert hat sein Amt als Staatsrat und stellvertretender Innenminister niedergelegt. Damit ist die Sozialdemokratie aus der badischen Regierung ausgeschieden.

Großes SA-Waffenlager gefunden

Bad Wilsnack, 30. November.

WTB. Die Polizei nahm im Hause des SA-Führers Niemann eine Durchsuchung nach Waffen vor und fand in einem Stallgebäude und auf dem Boden ein Maschinengewehr mit vollständigem Zubehör, zwei Karabiner, drei Gewehre Modell 98, ein russisches Militärgewehr, zwei Stielhandgranaten, 2 Trommelrevolver, 6 Maschinengewehrstreifen, 6 Seitengewehre und etwa 800 bis 1000 Schußmunition. Von einer Verhaftung Niemanns wurde Abstand genommen, da er an Grippe erkrankt ist. (Und wann türmt er? Die Red.)

Antisemitische Terrorwelle über Polen

Die Ausschreitungen nationalisierender polnischer Studenten gegen jüdische Arbeiter und jüdische Geschäftsleute haben sich von Lemberg aus über die wichtigsten Städte Polens ausgebreitet. In Wilna, Warschau, Krakau, Czestochau und anderen Städten ist es zu Schlägereien, Plünderungen und Straßenkämpfen gekommen. In Warschau wurde, wie bereits gemeldet, die Universität geschlossen, in der Wilnaer Universität wurden drei jüdische Studenten schwer verletzt. In Czestochau wurden viele Juden verprügelt, in zahlreichen jüdischen Geschäften die Schaufenster eingeschlagen. Zwei Juden wurden durch Messerstiche verletzt.

Am schlimmsten sind die Vorgänge in Lemberg. Der Verkehr ruht, die meisten Geschäfte sind geschlossen, Polizei und Feuerwehr versuchen, die nach Tausenden zählende Menschenmenge zu zerstreuen. Aus Lodz wurden weitere Polizeitruppen herangezogen, das lemberger Militär wurde in Alarmzustand versetzt.

Die Zahl der Verletzten geht in die Hunderte.

Die SA-Feme wütet weiter

München, 30. November.

Einen Einblick in die Gewaltmethoden des Braunen Hauses gab ein Prozeß, der vor dem Münchener Amtsgericht stattfand.

Der Führer der Leibstandarte des Braunen Hauses, Höflich, war der gefährlichen Körperverletzung angeklagt, weil er den Sturmbannführer Trambauer im Braunen Hause in Gegenwart des Reichsschatzmeisters Schwarz bei einer Auseinandersetzung über Kassenangelegenheiten so schwer mißhandelt und ihn derartig auf den Kopf geschlagen hatte, daß er einen Schädelbruch erlitt.

Der Universitätsprofessor Schneider erklärte als Sachverständiger, daß der Verletzte infolge der Schläge zur Zeit absolut geisteskrank sei und noch immer in einem krankhaften Angstzustand vor seinen Kameraden lebt.

Infolge dieses Gutachtens hielt sich der Amtsrichter nicht für zuständig und verwies den Fall wegen seiner Schwere an die Große Strafkammer.

Braunschweig, 30. November

In Braunschweig wurde gestern ein etwa 50 Jahre alter Mann als Leiche aus der Oker gezogen. Nach Feststellungen der Mordkommission war der Tote am Abend zuvor im Bürgerpark mit zwölf wichtigen Schlägen niedergestreckt worden. Die Mörder haben dann den Mantel des Erschlagenen zusammengebunden, die Leiche mehrere hundert Meter weit bis zum Okerufer geschleift und dann in den Fluß geworfen. Blutspuren zeigten den Weg, den die Mörder genommen hatten.

Der Tote, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, trug in seiner Tasche ein Nummernblatt einer nationalsozialistischen „Braunschweiger Tageszeitung“. Der Verdacht eines Fememordes liegt vor. Bekanntlich hat sich ein ähnlicher Fall in Braunschweig erst vor einigen Wochen ereignet, als der SA-Mann Kaune seinen Kameraden Campe auf der Landstraße durch sieben Schüsse ermordete und dann im Auto entflo. Er ist heute noch nicht gefaßt worden.

Dresden, 30. November.

Ein weiterer Fall, in dem der Verdacht eines braunen Fememordes besteht, wurde im Sächsischen Landtag behandelt. Der SA-Mann Hentsch ist seit dem 4. November spurlos verschwunden.

Es ist festgestellt worden, daß er zuvor Streitigkeiten mit seinem Kameraden Schenk gehabt hatte. In der Debatte wurden schwere Vorwürfe gegen die Dresdener Polizei erhoben, die von Schenk hereingelegt wurde, der es verstand, auf einer Fahrt nach einem Vorort Dresdens zu verschwinden, ohne daß es bisher möglich war, seiner wieder habhaft zu werden.

Der Minister des Innern gab die ausweichende Antwort, daß ihm dieser Fall, obgleich er schon durch die sächsische Presse gegangen ist, bisher noch nicht bekannt geworden sei, versprach aber Anweisung zu geben, die Angelegenheit mit allen Mitteln aufzuklären.

Nazis

überfallen Kommunisten

Berlin, 30. November.

CNB. In einem KPD-Lokal in der Pflugschraube gerieten gegen Abend Nationalsozialisten, die in das Lokal gekommen waren, mit den dort anwesenden Kommunisten in einen Streit, der bald in eine Schlägerei ausartete. Es wurden auch einige Schüsse abgegeben, wobei der 19jährige KPD-Angehörige Möhle einen Schulterschuss davontrug. Der 34jährige KPD-Mann Grassel erlitt bei der Schlägerei Kopfverletzungen. Die Täter ergriffen sofort nach der Tat die Flucht und entkamen unermittelt.

Auslands-Rundschau

Budapest, 30. November.

Nach einer Meldung aus Klausenburg (Siebenbürgen) veranstalteten heute nachmittag Rumänen vor der dortigen ungarischen Poststelle eine Demonstration. Die Menge zertrümmerte die Fenster der ungarischen Poststelle, drang in das Gebäude ein, zündete in einem Zimmer die Vorhänge an und hißte dann auf dem Gebäude die rumänische Fahne.

Die ungarische Regierung hat die Gesandtschaft in Bukarest angewiesen, bei der rumänischen Regierung ganz energischen Protest gegen diese Ausschreitungen einzulegen und entsprechende Genugtuung zu verlangen.

Budapest, 1. Dezember.

In der weiteren Verhandlung des Kommunistenprozesses sagten die meisten Angeklagten aus, daß sie bei der Polizei mitgehandelt worden sind. Der Staatsanwalt konnte in seiner Anklagerede nichts Konkretes angeben. Das Urteil lautete auf 4 Jahre 2 Monate Zuchthaus gegen den Kaufmann Doll wegen „versuchten Unschutzes der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“. Der Privatdozent Madzar erhielt 6 Monate Gefängnis. Acht weitere Angeklagte erhielten wegen „Teilnahme an einer kommunistischen Verschwörung“ Gefängnisstrafen von 3 bis 12 Monaten.

Bukarest, 30. November.

Der Ministerrat hat gestern beschlossen, unverzüglich ein Gesetz einzubringen, wonach die Zahlungen für städtische Hypothekenschulden sowie alle mit solchen Schulden in Zusammenhang stehenden Vollstreckungsmaßnahmen zunächst bis zum 1. April 1933 ausgesetzt werden sollen.

An der Lemberger Handelshochschule wurden die jüdischen Studenten und Studentinnen durch ein Spalier geschrien, das die nationaldemokratischen Studenten mit Stöcken und Gummiknüppeln bewaffnet bildeten. Kometer kam unverletzt hindurch.

Wände, Dielen und Treppen waren mit Blut besudelt.

Wenn auch diese grauenhaften Ausschreitungen zum guten Teil auf das Schuldkonto einer gewissenlosen antisemitischen Agitation zu setzen sind, so finden sie doch ihre letzte Erklärung in den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Landes, über die in unserem gestrigen und in unserem heutigen Leitartikel einiges gesagt worden ist. Die Terrorwelle, die vorläufig durchaus noch nicht im Abebben begriffen zu sein scheint, ist ein Kennzeichen für die furchtbare Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Situation,

die die Not der Bevölkerung immer größer werden läßt. Man rechnet damit, daß diese Ereignisse auch politische Folgen haben werden und sehr möglicherweise zu einer innenpolitischen Krise führen.

Versammlungen in den Vorstädten sind erlaubt. Eine Abordnung der Arbeitslosen wird dem Parlament Forderungen übermitteln.

Rom, 30. November.

Der Parteisekretär hat den Abgeordneten Turatti auf unbestimmte Zeit seiner Dienstgeschäfte entzogen, weil er sich in Privatbriefen, die der Öffentlichkeit zugänglich wurden, bedauerliche und unzulässige Äußerungen habe zuschreiben lassen.

Tequiguapa, 30. November

Der Aufstand in der mittelamerikanischen Republik Honduras wird für die dortige Regierung immer bedrohlicher. Die Aufständischen befinden sich bereits 10 Kilometer südlich der Hauptstadt Tequiguapa. Sie haben dem Staatspräsidenten ein Ultimatum gestellt, in dem die sofortige Uebergabe der Stadt gefordert wird. Das Ultimatum ist abgelehnt worden. Entscheidende Kämpfe stehen bevor.

Wien, 1. Dezember.

Im Nationalrat kam es am Mittwoch zu einem Zwischenfall. Die Sozialdemokraten hatten eine Anfrage eingebracht, in der sie sich gegen die militärischen Übungen des Studentenfreikorps, das den Heimatswehren angegliedert worden, wandten. In seiner Antwort erklärte der faschistische Staatssekretär Fey, das Studentenfreikorps habe sich niemals gegen die Staats-Exekutive gewandt, dagegen habe der republikanische Schutzbund am 15. Juli 1927 ... Weiter konnte der Staatssekretär nicht sprechen, denn auf den sozialdemokratischen Bänken erhob sich ein solcher Sturm des Protestes, daß kein Wort mehr verständlich war. Die Sitzung wurde unterbrochen.

Washington, 1. Dezember.

In dem diesjährigen Bericht des amerikanischen Generalstabs wird eine Vermehrung der regulären Landtruppen auf 14000 Offiziere und 160000 Mann zuzüglich 5000 Freiwillige empfohlen.

Neuer großer Beamtenschub

Die Kommissare ernennen weiter

Berlin, 30. November.

CNB. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personalveränderungen beschlossen:

Der Ministerialrat im Ministerium des Innern Schöner wird zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. ernannt;

der Landrat Wallroth in Flensburg wird zum Regierungspräsidenten in Schleswig ernannt;

der Regierungspräsident Dr. Abegg in Schleswig wird unter Gewährung des gesetzlichen Wertgeldes einstweilen in den Ruhestand versetzt;

der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Berlin-Charlottenburg von Hanke wird zum Regierungspräsidenten in Liegnitz ernannt.

Der Landrat Mengel aus Freienwalde a. O. wird zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums in Berlin-Charlottenburg ernannt.

Zu Landräten werden ernannt: die Landratsamtsverwalter Regierungsrat Funk im Kreis Sensburg, Reg.-Bez. Allenstein, und Regierungsrat Dr. Doerksen im Kreise Fröbenburg-Barth (Sitz Barth, Reg.-Bez. Stettin).

Als Landräte werden wieder verwendet und ihnen das Landratsamt endgültig übertragen: die Landratsamtsverwalter Landrat i. e. R. Freiherr von Löhneysen im Kreise Burgdorf, Reg.-Bez. Lüneburg, und Landrat i. e. R. Piehschel im Kreise Neuhaudensleben, Reg.-Bez. Magdeburg. Dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte im Kreise Flensburg vertretungsweise beauftragten Regierungsrat Reeder wird an Stelle des ausscheidenden Landrats Wallroth die kommissarische Verwaltung des Landratsamts in Flensburg übertragen.

Die kommissarische Verwaltung des Landratsamts wird übertragen im Kreise Mohrungen, Reg.-Bez. Königsberg, dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte vertretungsweise beauftragten Regierungsassessor Dr. Freiherr von Wrangel.

Im Kreise Einbeck, Reg.-Bez. Hildesheim, dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte vertretungsweise beauftragten Regierungsrat Lindig.

Im Kreise Falkenberg, Reg.-Bez. Oppeln, dem mit der Wahrnehmung der Landratsgeschäfte vertretungsweise beauftragten Regierungsrat Dr. Laux.

Im Kreise Glogau, Reg.-Bez. Liegnitz, dem Landrat i. e. R. Gail aus Einbeck.

Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Düsseldorf Ulrici wird zunächst mit der vertretungswweisen Wahrnehmung der Landratsgeschäfte im Unterlahnkreis (Sitz Diez), Reg.-Bez. Wiesbaden, beauftragt und ihm nach dem endgültigen Ausscheiden des Landrats Scheuern am 1. April 1933 die kommissarische Verwaltung des Landratsamts in Diez übertragen.

Im Preussischen Justizministerium werden ernannt: der Ministerialdirigent Dr. Wirth zum Ministerialdirektor, der Hilfsarbeiter Oberlandesgerichtsrat Krieger und der Oberjustizrat Wanram zu Ministerialräten.

Zu Landgerichtspräsidenten werden ernannt: in Arnberg der Amtsgerichtsdirektor Bauer in Münster und in Essen der Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Hamm Heermann.

Paris, 30. November.

Der Innenminister hat eine kommunistische Arbeitslosendemonstration für das innere Stadtgebiet von Paris verboten.

Arbeitslosen-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes

Die vom Holzarbeiterverband Breslau einberufene Arbeitslosenversammlung am 29. November war erfreulicherweise besser besucht als die letzte. Der Gauvorsteher, Kollege Dierig, referierte über „Die Auswirkungen der Krise auf die Holzindustrie und den Holzarbeiterverband“. Er wies an Hand von Statistiken nach, daß nächst dem Papiergewerbe die Holzindustrie und darunter besonders Schlesiens, am schlimmsten von den Auswirkungen der Krise betroffen worden ist. Dabei wäre die Abwärtsentwicklung immer noch nicht am Ende. Durch die verschärft fortgeführte Rationalisierung werden vor allem die Facharbeiter immer mehr aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Selbst Möbelabriken haben heute nur noch 40 Prozent gegen früher 80 Prozent Facharbeiter. Um trotz dieser mifflischen Verhältnisse die Lohn- und Arbeitsbedingungen wenigstens einigermaßen zu halten, müsse alles getan werden, um die freien Gewerkschaften zu erhalten und zu stärken. Dierig wußte für die Erreichung dieser notwendigen Aufgabe nichts Besseres, als daß er erklärte, die Politik müsse aus den Gewerkschaftsversammlungen verschwinden.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Sommer, Scholdani, Schilling, Nagel, Stober, Haberland und Scheloski. Mit Ausnahme des Kollegen Stober, der wieder einmal eine Attacke für die Einführung eines zweiten 10-Pfennigbeitrages im Monat ritt, vertraten alle Redner den oppositionellen Standpunkt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften es nicht verstanden haben, die Arbeiterbewegung trotz Krise aktionsfähig zu erhalten und die Krise im Sinne des revolutionären Kampfes und für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft auszunutzen. Unter anderem wurde dabei auf die schädliche Taktik der Gewerkschaftsführung beim Berliner Verkehrstreik und auf die schäbige Haltung der SPD-Presse beim englischen Textilarbeiterstreik hingewiesen. Auch die jetzigen Verhandlungen der ADGB-Führer Leipart und Eggert mit Schleicher und die Unterstützung und Beteiligung am Freiwilligen Arbeitsdienst beeinträchtigen das Ansehen und die Werbekraft der freien Gewerkschaften unter den Arbeitern. Nur durch den revolutionären Klassenkampf wird der Weg frei für die sozialistische Wirtschaft, in der es keine Wirtschaftskrisen mehr geben kann.

Im Schlußwort brachte Kollege Dierig die bekannten reformistischen Paradoxitate gegen Sowjetrußland vor und leistete sich dann den Witz, daß in den freien Gewerkschaften volle Demokratie herrsche, alle Führer werden durch die Mitgliedschaft bestimmt.

Wie diese Demokratie aussieht, das haben gerade die Breslauer Holzarbeiter bei der letzten Verbandstagswahl erlebt, wo der ordnungsgemäß gewählte Kollege Schilling einfach nicht als Delegierter anerkannt wurde. Die reformistischen Führer sind nur dann gegen die Politik in den Gewerkschaften, wenn es gegen die Opposition geht. Daß sie aber und die „Holzarbeiterzeitung“ ständig Reklame machen für die SPD, finden sie ganz in der Ordnung. — Wenn der 10-Pfennigbeitrag so schlecht eingeht, so liegt die Schuld bei der Mehrheit der Ortsverwaltung. Die oppositionellen Kollegen haben sich freiwillig zur unentgeltlichen Kassierung der Mitglieder zur Verfügung gestellt. Aber das will man nicht aus Furcht, die SAP-Kollegen könnten da mehr als erwünscht mit den Mitgliedern in Verbindung kommen und außerdem können die Mitglieder der „Eisernen Front“ beim Kassieren noch was verdienen. Das alles wird aber die Opposition nicht hindern, weiter zu arbeiten, um allen Gewalten zum Trotz ihre Auffassung im Verband durchzusetzen.

Zweiter Potempa - Prozeß am 9. Dezember

Beuthen, 30. November.
Die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht Beuthen in der Mordsache Potempa gegen die vor kurzem verhafteten, seinerzeit flüchtigen Golombek und Dutzki findet am 9. Dezember, 9 Uhr vormittags, im Beuthener Schwurgerichtssaal statt.

Zentrale Funktionärversammlung der SAP Breslau

Dienstag, den 6. Dezember, im Bergkeller
Referent Genosse Sternberg Berlin spricht über
Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des ADGB und der SAP
Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch der SAP
Erscheinen müssen alle SAP-Genossinnen und Genossen, welche eine Funktion bekleiden, in Partei, Betrieb oder in den proletarischen Massenorganisationen
Mitglieder haben als Gäste Zutritt

Naziwirtschaft im FAD-Lager Krieblowitz

„Schweine bekommen besser zu fressen als wir“, so sagen die im freiwilligen Arbeitsdienst in Krieblowitz bei Kanth beschäftigten Arbeitsdienstler. Das Arbeitslager mit seinen 180 Beschäftigten untersteht dem Deutschnationalen „Volksbund“ und wird von den Herren v. Flotow und von Gerstenberg geleitet. Der Dienst besteht in Ausrottungs- und Erdarbeiten. Früh um ½6 Uhr ist Wecken, als „Kaffee“ gibt's eine braune Jauche, deren Ursprung undefinierbar ist. Ein Vier-Pfund-Kommisbrot pro Mann muß drei Tage reichen, aber es sind derartig viele Mäuse vorhanden, die das Brot wegfressen, daß die jungen Arbeiter, zumal bei dem sonstigen schlechten Essen und um es nicht ganz von den Mäusen fressen zu lassen, in der Regel das Brot in eineinhalb Tagen aufessen und dann die übrige Zeit hungern. Die Arbeit beginnt um 7 Uhr. Zum zweiten „Frühstück“ gibt's wieder die braune Jauche, 15% Uhr ist Mittag. Aber Welch ein Fraß! Mägen schwimmen in dem Mittagessen, so daß das Essen trotz größtem Hunger stehen bleibt.

Nach dem Mittagessen sollte eigentlich frei sein, aber die Leitung sorgt dafür, daß die einzelnen Arbeitsdienstler mit Holzhacken und ähnlichen Arbeiten dauernd beschäftigt sind. Abends um 10 Uhr soll Nachtruhe sein, aber von Ruhe keine Spur. In einem Schlafraum befinden sich fünfzig Leute, darin stehen zwei Oefen, die den ganzen Raum verqualmen. Mit Duldung und Unterstützung der Leiter werden dann in der Dunkelheit Soldatenspiele gemacht, zwei Parteien gebildet, die aufeinander losgehen. Die Aborte

sind derart, daß kein Mensch sie benutzen kann. Was das in solch einem Lager bedeutet, kann sich jeder vorstellen.

Der „Kameradschaftsführer“ ist das NSDAP-Mitglied Rosenberg. Er sieht von den Schweinereien natürlich nichts, dafür glaubt er aber, ganz im Stile eines preußischen Feldwebels die Jungarbeiter „erziehen“ zu müssen. Schon morgens beim Anfeuern brüllt er: „Ihr Schweine, wenn wir (die Nazis) erst das Heil ganz in der Hand haben, dann werden wir es euch schon zeigen.“ Diese Äußerung ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Mehrheit der dort Wahlberechtigten, 69 von 120, kommunistisch gewählt hat.

Dieser uns von einem dortigen Arbeitsdienstler zugegangene Bericht zeigt, was es mit der „sittlichen Erziehung“ und ähnlichen Phrasen, mit denen der freiwillige Arbeitsdienst propagiert wird, auf sich hat. Alle Arbeiterkern werden daher gewarnt, ihre Jungen hier zur Verfügung zu stellen. Jeder Bericht, der uns über den freiwilligen Arbeitsdienst zugeht, ist eine neue Mahnung an die Arbeiterschaft, mit allen Mitteln dagegen zu kämpfen.

Die Bergungsarbeiten auf den Delbrück-Schächten

Hindenburg, 30. November.
Bei der heutigen Befahrung der Unfallstelle durch die leitenden Beamten der Bergwerksdirektion der Delbrück-Schächte gemeinsam mit den Vertretern der Bergpolizeibehörde ist beschlossen worden, zur Bergung der im östlichen Teile des Stoßbauplatzes liegenden drei Leichen von der Mittelstrecke der 400-Meter-Sohle aus in die Kohle einfallend eine neue Strecke aufzufahren, die in gerader Richtung auf die Unfallstelle hinführt und etwa 25 Meter lang werden soll. Gleichzeitig wird vom westlichen Stoßbaubank die Bergung der westlich des Förderbunkers liegenden Leiche des Grodon in Angriff genommen werden. Diese Abänderung der Dispositionen hat eine Verzögerung der Bergungsarbeiten zur Folge. Sie ist aber im Interesse der Sicherheit der Rettungsmannschaft erforderlich.

Werbt Abonnenten

Kommen Sie jetzt zum großen Mantelverkauf

Wenn je ein Zeitpunkt günstig war in einer gewaltigen Auswahl den guten preiswerten Mantel zu finden den Sie suchen - - - dann ist es jetzt bei mir
Schon ein Blick in meine Schaufenster zeigt Ihnen wie leistungsfähig ich bin



Anzüge

Riesenauswahl in den modernsten Farben
enorm billig!

Joppen u. Hosen

in bekannt großer Auswahl
Alles eigene Anfertigung!

Der moderne Herren-Ulster

mit und ohne Gurt zu tragen
32⁵⁰ 22⁵⁰ 16⁵⁰ 10⁵⁰

Der moderne Ulster-Paletot

in den neuesten Mustern, ganz auf K'seide
39⁵⁰ 25⁵⁰ 18⁷⁵ 13⁰⁵

Der solide Paletot

mit Samtkragen, in schwarz Eskimo u. Marengo mit K'seidenem Steppfutter
45⁵⁰ 31⁵⁰ 25⁵⁰ 19⁷⁵

Ein Posten Modell-Mäntel

für den vorwöhntesten Geschmack, bester Maßrats
enorm billig!

Auch starke Herren finden bei uns das Passende!

Seit 73 Jahren
L. Prager

Albrechtstraße 51

Eingang nur Ecke Schuhbrücke
Zahlungs erleichterung durch die Kunden-Kredit-G.m.b.H., Gartenstraße 67

Verleumdungen auf jeden Fall

In der gestrigen „Volkswacht“ stand gleich am Kopf des Lokalblattes unter dem Titel „Vorsicht, Betrüger!“ folgende Notiz:

„Vor einigen Tagen erschien bei zwei Breslauer Ärzten ein Mann, der sich als Beauftragter der „Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau“ ausgab, um für die Kinderfreundehilfe der SPD zu sammeln. Nach seiner Legitimation befragt, wählte er sich Nevermann. Die Höhe des gelobten Jahresbeitrages machte die darum angegangenen Herren stutzig und sie zogen vorher Erkundigungen ein. Aus dem Parteibüro der SPD wurde ihnen darauf mitgeteilt, daß eine „Kinderfreundehilfe der SPD“ überhaupt nicht besteht und niemand beauftragt ist, irgendwelche Sammlungen vorzunehmen.“

Da den meisten Breslauern bekannt ist, daß der Name Nevermann in Breslau respektive in Schlesien sehr selten ist, bzw. überhaupt nur einmal vorkommt, was auch die „Volkswacht“ weiß, wird hier von dem sauberen SPD-Blatt mit dieser Notiz eine bewußte Verleumdung gegen den Genossen Nevermann zu einer Hetze gegen die SAP ausgestaltet.

Der Genosse Nevermann hat sich mit der Notiz hin sofort zu einem der beiden Breslauer Aerzte, Dr. Kurt Hauptmann, begeben, um den Fall aufzuklären, der ihm folgendes bescheinigt:

Dr. Kurt Hauptmann
prakt. Arzt und Kinderarzt
Rosenthaler Straße 19

Der sich heute bei mir vorstellende und durch Papiere sich ausweisende Herr Nevermann ist nicht identisch mit dem Herrn, der vor einigen Tagen bei mir wegen der Kinderhilfe vorsprach.

30. 11. 32. gez.: Dr. Hauptmann.

Bekleidungsarbeiter-Versammlung

In der Quartalsversammlung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes Breslau, am 29. November 1932, gab Kollege Brölich den Kassenbericht vom dritten Quartal. Dabei teilte er u. a. mit, daß von den Erwerbslosen nun nicht mehr schwarze Marken, sondern 10-Pfg.-Marken geklebt werden, und daß davon im vergangenen Quartal mehr als 7000 Stück verkauft wurden. Da 75 Prozent der Mitglieder erwerbslos sind, mußten von der Hauptkasse noch Zuschüsse gezahlt werden.

Darauf sprach Kollege Ohlenmacher über Lohn- und Tarifverhandlungen der letzten Zeit. Am meisten wurde von Seiten der Unternehmer gegen die Löhne in der Herrenmantelbranche Sturm gelaufen. In der Herrenkonfektion mit ihren 7-8 Seilen ist die Erhaltung des Tariflohnes für die Arbeiter ganz besonders erschwert. In der Wäsche- und Kleiderkon-

Parteischule der SAP Breslau

Sonnabend, den 3. Dezember, 19 Uhr, und Sonntag, den 4. Dezember, vorm. 10 Uhr, im großen Saal der Monatsischen Gemeinde, Grünstraße: Wochenendkursus mit Gen. Dr. Fritz Sternberg, Berlin.

Thema: der Niedergang des deutschen Kapitalismus

Erwerbslose: Vorverkauf beide Kurse 15 Pfg., an der Kasse je Veranstaltung 10 Pfg. Verdienner: Vorverkauf beide Kurse 25 Pfg., an der Kasse je Veranstaltung 20 Pfg.

Ab Dienstag sind die Vorverkaufskarten im Parteibüro zu haben. Die Veranstaltungen mit Gen. Dr. Fritz Sternberg sind bekanntlich immer schnell ausverkauft, deshalb ersuchen wir sofort um Abholung der Karten.

Fektion sieht es nicht viel anders aus. Die Verhältnisse in der Damenkonfektion sind ebenfalls sehr schlecht, da dort wohl ein Tarif zwischen Näherinnen und Zwischenmeisterinnen besteht, aber keine zwischen den großen Firmen und den Zwischenmeisterinnen. Im übrigen sind ja die Tarife ganz schön, aber was die Verhältnisse, besonders in der Konfektion, kennt, weiß, doch, daß sie in den schlechtesten Fällen gezahlt werden. Keine Kategorie von Arbeitern ist bekanntlich so freiwild für die Unternehmer, als die in der Konfektion arbeitenden. Ueber die Ausbeutung und die Elendslöhne in dieser Branche ließen sich ganze Bände schreiben. Hier hat man das Weberelend des vorigen Jahrhunderts in neuer Auflage.

Unter Punkt Verschiedenes gab Kollege Ohlenmacher bekannt, daß Weihnachtsunterstützungen infolge schlechter Kassenverhältnisse nicht gezahlt werden können. Ebenso können Darlehen nicht gewährt werden.

Kollegin Köhlich erklärte hierzu, daß sich leider die Gewerkschaften in den letzten Jahren immer mehr zu Unterstützungsinstituten entwickelt hätten und somit ihren Kampfcharakter verloren haben. Die vor einigen Jahren eingeführte Auswärterversicherung habe z. B. kein junges Mädchen fester an den Verband gefesselt, als man bei der Einführung glaubte.

Ein Antrag, die Versammlungsanzeigen des Bekleidungsarbeiter-Verbandes auch in der „SAZ“ bekannt zu geben, wurde, nachdem Ohlenmacher dagegen sprach, mit 10 Stimmen Mehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen, abgelehnt. Es gibt scheinbar immer noch zuviel Mitglieder im BAV.

Zu erwähnen ist noch, daß man über die äußerst schlechte Versammlungsleitung im BAV teils belustigt, teils entsetzt sein könnte. Dem Kollegen Weniger wäre zu empfehlen, einen Kursus über Versammlungsleitung zu nehmen. Oder sollte auch das vergeblich sein? Mancher lernt's schließlich nie, und zu denen scheint Kollege Weniger zu gehören.

Wieder spinale Kinderlähmung

Waldenburg, 30. November.

In Rothenbach ist ein ein Jahr altes Kind an spinaler Kinderlähmung erkrankt und in das Knappschaftslozaret übergeführt worden.

Wie tief es doch vor einigen Monaten bei den zuständigen Stellen? Spinale Kinderlähmung sei nur möglich bei warmer Witterung. Bei Kälte — spätestens Anfang Oktober — werden keine Fälle mehr vorkommen!

Der „arme“ Graf

Eine bürgerliche Meldung besagt: „Der Generalbevollmächtigte des Grafen Praschna in Falkenberg O/S, war im Frühjahr 1931 auf Verlangen des Gläubigerausschusses fristlos entlassen worden und hatte daraufhin rund 400 000 RM eingeklagt, die ihm als Bezüge noch zuständen. Das Breslauer Arbeitsgericht hat ihm durch ein Teilurteil 263 656 RM nebst Zinsen zugesprochen.“

Schau, schau! Das sind also die Grafen, die angeblich „hungern“ müssen.

Proleten hintergangen

Waldenburg, 30. November.

Das Schöffengericht Waldenburg verurteilte den Rechtskonsulenten Josef W. aus Schlegel, der zuletzt in Schweidnitz seine Praxis ausgeübt hatte, wegen Betruges zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. W., der bereits achtzehnmal verurteilt ist, hatte im vorigen Jahr einem Arbeiterheparr in Falkenberg unter der Vorspiegelung, er werde die Prozeßführung in einer Grundstückssache übernehmen, die Ersparnisse von 150 RM abgeschwindelt. In Wirklichkeit hatte W., nachdem er das Geld erhalten hatte, in der Sache nichts unternommen.

Schon ab 12. Dezember 1932 sind Weihnachtsrückfahrkarten zu haben

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Die Reichsbahn hat die Ausgabe der Festtagsrückfahrkarten zu Weihnachten durch eine längere Vorverkaufsfrist erleichtert. Bereits vom 9. Tage vor dem ersten Geltungstage, also vom Montag, dem 12. Dezember ab, sind die Festtagsrückfahrkarten in den Fahrkartenausgaben und den MER-Büros zu haben. Auch Platzkarten sind vor diesem Tage an in den MER-Stellen zu erhalten. Bekanntlich ist in diesem Jahre die Geltungsdauer der Festtagsrückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr auf drei Wochen festgesetzt.

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68

Achtung! Frauenleiterinnen! Der für Freitag, den 2. Dezember, stattfindende Referentinnen-Kursus findet wegen dem Sternberg-Kursus nicht statt. Abtlg. Ohlauer Tor. Frauenversammlung bei Palonk, Gasthaus zum Rothkutscham, Ofener Str. Referent Genosse Fekstein.

SJV Sekretariat Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Sozialistischer Jugendverband, Bezirk „Schlesien“
Alle Genossen, die am ersten Kursus der Breslauer Parteischule teilnehmen wollen und Quartier brauchen melden sich sofort durch Karte bei der Bezirksleitung. Der Genosse Sternberg spricht über: „Der Niedergang des deutschen Kapitalismus.“ Quartier wird nur angemeldeten Genossen beschaft. Kampfbereit! Die Bezirksleitung.
Monatliche Jugend, Heim 1: Wir beteiligen uns heute am Gruppenabend von Heim 2.
Heim 2: Friedrich-Wilhelm-Str. 45, heute 1/20 Uhr ist alles im Heim. Genosse Rettig liest aus dem „Neuen Testament“. Gäste willkommen.

Kleine Sportnachrichten

Freie Kanuvereinigung. Freitag 18 Uhr. Vorstandsitzung 20 Uhr. Mitgliederversammlung. Beide Versammlungen sind im Radioheim, Paradiesstraße 17.

Arbeiter-Rads u. Kraftfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Breslau
Sonnabend, den 3. Dezember, findet die proletarische Winterfeier im Bergkeller, veranstaltet von der Jugend- und Kindergruppe statt. Bundesjugendleiter Genosse Nasemann hält die Festansprache. Eintritt pro Person 0,25 Mk. Einlass 19 Uhr, Anfang 20 Uhr. Abstellung Stadtmitt: Sonntag, den 4. Dezember, Spezialgang. Treffpunkt 14 Uhr am Blücherplatz.

Geschäftliches

Wenn ein tägliches Getränk wohlschmeckend, nahrhaft, verdauungsfördernd, ausgiebig und preiswert ist, dann lohnt es wohl, zu probieren. Ein solches Getränk ist Kaba. Kaba enthält die gleichen Nährstoffe wie Muttermilch, fördert die Knochenbildung und die Verdauung. Kaba schmeckt wie Schokolade, wirkt aber nicht stopfend. Pakete für 30 und 60 Pfg. überall zu haben.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate Herbert Scholz, Breslau Verlag Max Rausch, Breslau Lohndruck Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstraße 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe; Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gabart, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

STADTTHEATER
Donnerstag, 19.30 — gegen 21
Der Teufelsreiter
Freitag, 20. — gegen 22.30
Tosca
Sonnabend, 20. — gegen 23
Abonn.-Vorstell. G 6
In Neuinszenierung
Die keusche Susanne

LOBETHEATER
Donnerst., Freitag 20.15—22.10
u. Sonntag 15.30—17.25
Der große Haterkeitserfolg!
Komödie der Irrungen
Sonnabend, 20.15 u. täglich
Zum 1. Male!
Bargeld lacht
Lustspiel von
Cammermeyer u. Ebermayer

**GERHART-HAUPTMANN-
THEATER**
Täglich 20.15—22.15
Gastspiel der
„Vier Nachrichten“
Der stürmische Lacherfolg!
Hier irrt Goethe

**SCHAUSPIELHAUS
OPERTHEATER**
Tägl. 2X 16.30 u. 20.15
Der Zigeunerbaron
nachm.: 30 Pfg. bis 2.50
abends: 30 Pfg. bis 2.50

Man kauft nur die guten und billigen
Landgraf Schuhe
● Schmiedebrücke 2 — 1. Haus vom Ring ●

Kleine Anzeigen
in der SAZ sind
erfolgreich
und billig!

ZENTRUM

C. Schlawe Reuschestr. 24
Inh. H. Ko p
Gegründet 1843
Eisenwaren - Metalle - Werkzeug- u. Maschinen-
handlung - Stahlwaren - Haus- u. Küchengeräte
Dauerbrandöfen - Schlittschuhe und Rodel

Genossen! Fleisch- u. Wurstwaren
nur bei
Reinhold Reichelt
Neumarkt 14

Richard Pusck
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

Wände- und Deckenreinigung
mit „Wandon“ führt aus
Tapetenhaus Ursulinerstraße Nr. 7a
Inh.: G. Kleiner, Tel. 21285, z. Selbstverarb. „Wandon“ Pfd. 70 Pfg.

Schuh-Reparaturen
nur
Schuh-Hilfe, Breite Str. Neumarkt
Fachmännische Leitung

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

S. Zöllner, Herrenausstatter
Schmiedebrücke 64/65 · Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

**Drogen
Farben
Foto** **Matthias** Garten-
straße 10

**Butter, Käse, Eier, Schmalz,
Margarine**
nur bei
Carl Jos. Kessler, Inh. O. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 47
Markthalle Gartenstr. Stand 125/126.
Bismarkstraße 27

Wurst- u. Fleischwaren
kauften alle Hausfrauen
nur bei
Rudolf Dietrich, Breslau 1
Ohlauer Straße 30 :: Tel. Sammeln. 536 54
und in den Filialen:
Karlsh. 21 · Kalk. - Wils. - Str. 147 · Schmiedebrücke 5 · Ratsk. 11
Ich sende Ihnen alles frei Haus

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen.
Ich gewähre Euch 5% R. b. tt
Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren
Reuschestraße 50 (rechts vom Königplatz)

KABA billiger!
Stets frisch bei:
Paul Biehl
Kolonialwaren
9% Rabatt Alsenstr. 13 und Alsenstraße 89

Tragt unser Parteiabzeichen!
Große und kleine
Parteiabzeichen
sind wieder vorrätig

Vertreibt das Parteiabzeichen!
Bestellungen sofort bei:
Partei-Vorstand der SAP
Berlin O 27 · Magazinstr. 15/16

Ein Taschenkalender ist notwendig,
denn nur Notizen für jeden Tag gewähr-
leisten Mitgliedern und Funktionären
aller proletarisch. Organisationen eine
regelmäßige Teilnahme an allen Veran-
staltungen.

Ein Taschenkalender ist unentbehrlich,
wenn er außer dem allgemeinen Text,
wie Posttarif, Maße, Münzen usw., auch
Notizen zu proletarisch. Gedenktagen,
Wirtschaftstabellen usw. bringt und
über die Aufgaben von Gewerkschaft,
SAP, SJV, SSB, IHV knapp und
doch gut informierend Auskunft gibt.

**Der einzige Kalender, der diese
Anforderungen erfüllen kann, ist der**
Arbeiterkalender
„Roter Pionier“ 1933

Der niedrige Preis des Kalenders (180 Seiten
Umfang 40 Pfennige!) und sorgfältige Aus-
stattung erleichtern den Kauf.

Der K. l. e. n. d. e. r kann bezogen werden bei allen
SAP- und SJV-Litbleuten, vom Verlag der
SAZ od. direkt vom Verlag Roter Pionier (SJV
Ostasachen, Dresdener-A. 1, Jakobsgasse 5 f.)

ODERTOR U. SCHEITNIG

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
Richard Elison
Matthiasstraße 161/163

Wilhelm Kupczyk
Schließwenderstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

Richard Gelse ff. Fleisch- u.
Wurstwaren
Bismarckstraße 21

Elektr. Be'achtung v. m. 1,25 an + Carbidlatte v. v. m. 2,10 an
Fab. ad **Adalbertstraße 26** P. ul
handlung

billigt bei
Leder K. Becker
Gniewnastraße 5

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren 9%
Gertrudenstr. 2

Waldemar Burczyk
9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9%
Matthiasstraße 135, Ecke Michaelisstraße.

InuhVogel
Friedrich-Wilhelmstr. 66
Scheitniger Straße 12

Reserviert!
Nr. 101

Offener Brief an eine Schriftstellerin

Zu Buch und Film „Gilgi, eine von uns“

Liebe Irmgard Keun!

Sie werden mich sicherlich nicht kennen, aber das spielt auch gar keine Rolle. Ich bin ein ganz durchschnittlicher Zeitgenosse, „einer von uns“. Wichtig ist jetzt nur, daß ich Ihr Buch gelesen habe und nun auch den Film sah, der angeblich nach diesem Buch gedreht worden ist — und dazu wäre denn wohl einiges zu sagen.

Ich lese nicht sehr viele Romane, leider, weil mir die Zeit allzu knapp zugemessen ist. Aber Ihre „Gilgi“ habe ich schon zweimal gelesen, und ich vermute, auch das zweifelhafte wird noch nicht das Letztmal gewesen sein. Es gehört zu den Büchern, die ich liebe, weil es sehr menschlich ist, eine wunderbare Mischung all jener Stimmungen und Gefühle, die das Leben erfüllt. Gilgi ist zwar, sozial gesehen, kein ganz allgemein gültiger Fall, aber psychologisch, ihrem Erleben und Empfinden nach, in der Art, wie sie mit Ernstem und Heiterem, Wichtigem und Unwichtigem fertig wird, ist sie „eine von uns“. Das wird sie auch bleiben — trotz diesem Film.

Da wäre ich also bei meinem eigentlichen Thema angelangt, und nun muß ich mich sehr zusammennehmen, damit ich nicht so schimpfe, wie ich es eigentlich möchte. Ich will lieber versuchen, ganz ruhig zu bleiben und ihnen zu erklären, was mich so empört.

Da ist zuerst die sinnlose Veränderung der ganzen Handlung. Ich bin ja kein Filmregisseur, aber das behaupte ich: irgendeine sachliche Notwendigkeit, so ungefähr alles auf den Kopf zu stellen, lag da nicht vor. Schließlich haben Sie doch nicht gewirkt oder sonstwie es dem Zufall überlassen, ob die Handlung so oder so verläuft, sondern ich vermute, daß Sie sich das sehr genau überlegt haben, und daß diese ganz bestimmte Handlung zu diesen ganz bestimmten Charakteren gehört. Wie kommt also Herr Filmregisseur Meyer dazu, das x-beliebige abzuändern? Als im vorigen Jahre Erich Kästners famoseres Kinderstück „Emil und die Detektive“ aufgeführt wurde, da kamen die Regisseure auf den „genialen“ Einfall, überall das Stück in der jeweiligen Stadt und Umgebung spielen zu lassen. Und überall protestierten dagegen die Jungens und Mädels, die das Buch gelesen hatten. Meinestwegen halten Sie mich für ebenso kindlich: ich protestiere jedenfalls auch gegen diese sinnlosen Änderungen, für die keinerlei filmische Notwendigkeiten vorliegen, durch die aber bereits ein wesentlicher Teil Ihres Werkes folgeschlagen wird. Und dann der „glückliche Ausgang“, das berühmte happy end — na, darüber kann man nur den Mantel der journalistischen Nächstenliebe decken!

Aber viel schlimmer ist natürlich das, was man mit den Charakteren, mit den Menschen Ihres schönen Buches gemacht hat. Das soll unsere Gilgi sein, diese fade Brigitte Helm, die weder lachen noch weinen kann und wie ein vierzehnjähriges Schulmädchen spricht! Über all die anderen Fehlbesetzungen will ich nicht im einzelnen reden — das ist die entscheidende, weil sie allein schon das zerstört, was das Wichtigste an Ihrem Buche gewesen ist: die Atmosphäre, die Zwischenfälle, das Menschliche. Was übrig bleibt, ist Kitsch, wie wir ihn aus hundert anderen Filmen zum Überdruß kennen. Denken Sie nur an diese erste Liebesszene mit Martin: bei Ihnen ist Gilgi

die deutsche Ariane, diese wunderbare, widerspruchsvolle Mischung von Mädchen und Frau — im Film ist sie ein Backfisch, der sich beselig-willentlich dem Kuß des Mannes überläßt. Ach, genug! Ich habe, als ich diesen Film sah, die Puste geballt und bitter aufgelacht. Was mögen Sie erst empfunden haben? Wie lange hat es wohl gedauert, bis Sie sich danach wieder erholt hatten?

Was ist eigentlich von Ihrem Buch in diesen Film eingegangen? Ein paar Buchstücke der Handlung, ein paar Bruchstücke der Charaktere — wirklich nur Bruch. Und dann der Name — und auf den allein kam es, nach dem Erfolg Ihres Buches, den Herren von der Filmproduktion an. Sind aber die Schriftsteller dazu da, den Filmgesellschaften einen wesentlichen Teil der Reklamekosten abzunehmen? Ich denke, nein!

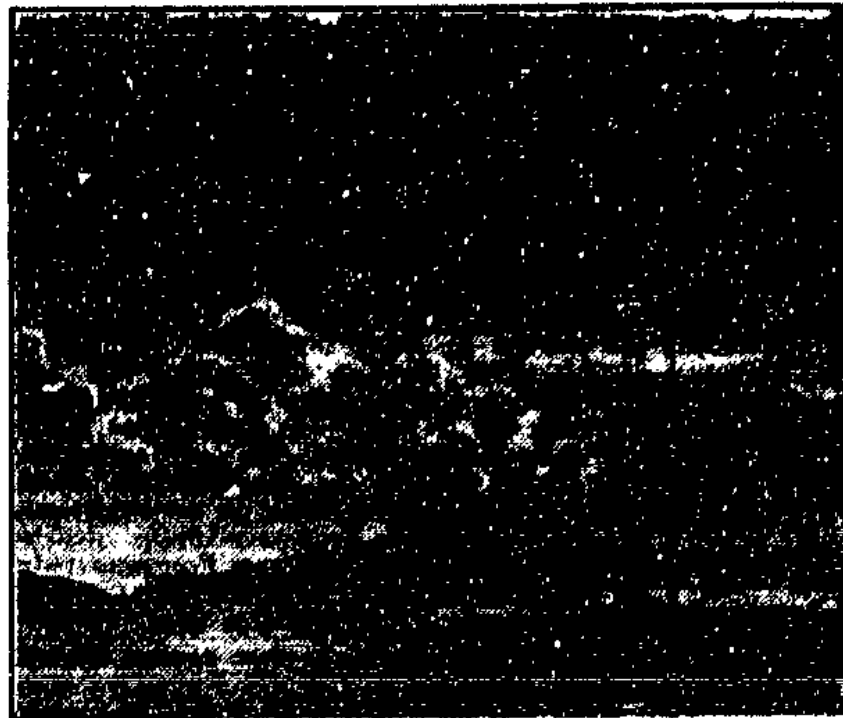
Als Sozialist weiß ich, daß der durchschnittliche Film, die Masse der Filme minderwertig bleiben wird, solange die Filmproduktion nur nach dem Profit schielt — solange also, wie diese glorreiche kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht. Wir, die durchschnittlichen Zeitgenossen, werden alles tun, diese Zeit nach Kräften abzukürzen. Aber es kann nichts schaden, wenn auch die, auf deren Stimme besonders viele hören, mit uns protestieren. Tun Sie es, Irmgard Keun, Gilgi und das kunstseidene Mädchen verpflichten Sie dazu!

Walter Fabian

Eine Eisenbahn-Räuberbande gefaßt

Halle (Saale), 30. November.

Der Fahndungsdienst der Reichsbahn hat eine siebenköpfige Eisenbahnräuberbande unschädlich gemacht, der zur Last gelegt wird, eine ganze Reihe Güterzugüberhebungen ausgeführt zu haben. Die Bande war mit modernen Selbstladepistolen bewaffnet. Insgesamt wurden bisher 20 Zugüberfälle, aufgeführt. Etwa 40 Personen werden sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.



Schweres Sprengungsglück bei Trier

Ein Toter, zwei Schwerverletzte
Trier, 30. November.

In einem Steinbruch in der Nähe von Trier, in dem heute nachmittags Sprengungen vorgenommen wurden, brach plötzlich von der 20 Meter hohen Steinwand große Massen Geröll und Wand, die den Sohn des Steinbruchbesitzers, den Schießmeister, Vater von elf Kindern, und einen Arbeiter, Vater von sieben Kindern, begruben. Während der Steinbruchbesitzer nur als Laie geborgen werden konnte, wurden die beiden Familienväter lebend aus den Steinmassen befreit. Sie haben aber lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Paßfälscher-Zentrale ausgehoben

Berlin, 1. Dezember.

Die politische Polizei hat, Blättarmeldungen zufolge, in der Kaiserallee eine Paßfälscherzentrale ausgehoben. Zwei Fälscher wurden auf frischer Tat festgenommen. Nach dem Hintermannern der Fälscherbande wird noch gefahndet.

Die Ermittlungen ergaben, daß man mit den beiden Fälschern die Mitglieder einer Paßfälscherorganisation größten Ausmaßes gefaßt hatte. In einem Schrank fand man gefälschte Pässe aus ganz Europa, Stempel von allen europäischen Polizeidirektionen sowie die Unterschriften fast aller Paßreferenten dieser Direktionen. In Koffern befand sich eine Unmenge der modernsten graphischen Instrumente zur Herstellung falscher Pässe.

Wie wir dazu aus Kreisen des Polizeipräsidiums erfahren, sind die Ermittlungen der Polizei über die Angelegenheit, die bereits am Montag zu der Verhaftung der beiden Fälscher führte, noch nicht abgeschlossen, so daß eine amtliche Mitteilung noch nicht gegeben werden kann.

Petroleum-Dampfer in Flammen

Talcahuano (Chile), 30. November.

Der Petroleumdampfer „Magis“ hat Feuer gefangen und steht in Flammen. Menschenopfer sollen nicht zu beklagen sein.

Vor einem neuen Ausbruch des Krakatau?

Blick auf den Inselvulkan Krakatau (Sunda-Sträße), der sich seit einiger Zeit in höchster Tätigkeit befindet. Täglich erfolgen hunderte von Ausbrüchen, die bisher noch ohne ernstere Folgen blieben. Doch befrachtet die Bevölkerung der umliegenden Inseln eine Wiederholung des furchtbaren Ausbruchs, der im Jahre 1883 die Hälfte der Insel im Meer versinken ließ.

Sechs Kumpais getötet

Agrom, 30. November.

Im Stollen eines Bergwerks in Hranitz bei Laibach explodierten der Motor einer Lokomotive. Sechs Personen wurden getötet, drei schwer verletzt.



André Maurois: „Im Kreis der Familie“, Verlag R. Piper, München.

Um über die Zeit und ihre soziologischen Bedingungen hinauszukommen, um unser heutiges Zwischen den Zeiten zu verstehen, ist es vor allem notwendig, den historischen Boden zu kennen, auf dem die heutigen (und morgigen) Lebensbedingungen gewachsen sind. Deshalb in erster Linie empfehlen wir diesen Roman eines Franzosen, der uns mitten in das tiefste Kleinbürgerlum hineinführt und zugleich auch an jene Grenze, an der das kleinstädtische Philistertum an die „große“ Welt stößt. Nirgends ist das Kleinbürgerlum so kleinbürgerlich wie in Frankreich, nirgendso bodenständig und fest verankert. An diesem typisch französischen Buch können wir daher das Problem der kleinbürgerlichen Familie, der verlogenen unter den fortbestehenden Institutionen aus einer ökonomisch und gesellschaftlich hinter uns liegenden Zeit, besonders eindringlich studieren, zumal Maurois, ohne es zu sagen, sich hier das Ziel gesetzt hat, eine psychologisch untermauerte Milieuschilderung zu geben, die ihm mit seiner graziosen und doch nicht oberflächlichen, teilweise an seinen Landsmann Flaubert erinnernden Darstellungskunst glänzend gelungen ist. An manchen Punkten stößt er zu einer Analyse des Besiehenden vor, eine Lösung gibt er nicht. Die Heldin des Romans, Denise Herpain, neben der die anderen Gestalten bewußt schattenhaft erscheinen, sagt gegen Schluß des Buches von sich selbst: „Seit meiner Kindheit bin ich ein verstimmt Instrument“. Maurois zeigt die Wurzel dieser Verstimtheit, die Familie, in der das Kind Denise nicht heimisch sein kann, seit sie von dem Ehebruch der Mutter weiß, oder besser ahnt. Sie erlebt neben dem ungeliebten Mann das gleiche Schicksal wie die Mutter und wird von der dritten Generation, ihren eigenen Kindern, zurückgerufen in den unentrinnbaren Kreis der Familie. Aber das ist kein „happy end“, kein glückliches Ende, erst recht nicht, wie einige Kritiker das Buches es zu deuten versuchen, eine Apoptose, eine Lobpreisung der Familie, viel eher ein resignierendes Helft-euch-selbst, das der Dichter den Lesern zuruft. — Neben dem rein Stofflichen ist das Buch wertvoll als Quelle für den Einblick in das Leben der französischen Klein- und Großbourgeoisie um die Jahrhundertwende, vor und nach dem Kriege. Für die Frauen aber — trotz mancher epischen Breiten — wichtig, weil der Auflösungsprozess der Familie für sie im allgemeinen ein viel ungelösteres Problem ist als für den Mann, und oft ein mit viel mehr Leid verbundenes.

D. F.

Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Im Tube 50 Pf. und 30 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.
Copyright 1932 by
23) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Wjetrow setzte die Kinder behutsam auf den Stuhl, trat ganz nahe auf sie zu und packte sie eisern an den Händen. Seine Blicke in ihr Gesicht bohrend, sagte er mit kalter Wut — er sprach so, wie er sonst über geschäftliche Angelegenheiten zu sprechen pflegte:

„Von heute ab wirst du es nicht wagen, auch nur ein beleidigendes Wort über diese Frau zu sagen. Sowie so werde ich dich zertreten, ich vernichte dich oder schneide dich hinaus.“

„Nein, niemals! Diesem liederlichen Frauenzimmer werd ich keine Ruh lassen! Huren sind sie hier alle. Ihr werdet mich nicht klein kriegen, weder mit Streicheln noch mit Prügelein. Ich geh auch nicht von dir fort, ich bleib euch allen hier auf dem Hals. Ich werde leben, wie mir's paßt. Unser Heim hast du zerstört, unser Leben zerstört, fremde Menschen haben dich deiner Familie gestohlen. Alles hier ist mir fremd. Ich will es nicht! Ich werde, was ich nur kann, dagegen tun. Ich erschlag oder verbrenn hier alles: ich werde mich dabei nicht schonen.“

Er warf sie mit einem Stoß auf den Fußboden und wandte sich mit derselben eisigen Ruhe von ihr ab.

An diesem Abend aber stellte ich ihn geradewegs:

„Wjetrow, ich werde vom Kommunarat eine Untersuchung gegen dich und deine Frau verlangen. Ich bin der Meinung, daß sie hier in der Kommune nichts zu suchen hat. Bist du nachsichtig gegen sie, weil du ihr

Mann bist, dann werde ich es durchsetzen, daß man auf der Parteilinie dir eins über den Deckel gibt. Man hat sie viel zu weich angepackt. Seit meiner Anwesenheit hier — das ist nun ein Jahr — duldest man ihre Schwelgereien. Dem muß ein Ende gemacht werden.“

Er schlug die Augen nieder und saß lange kraftlos schweigend vor mir. Seine Augen waren matt geworden, in ihrer Tiefe erstarrte ein Leid. Auch ich saß schweigend da. Feindliche Entfremdung war zwischen uns. Dann wandte er mit großer Anstrengung sein erschlaes Gesicht zu mir. Mit erstarrten Fingern strich er sich über Stirn und Wangen.

„Wert mal, Galja Iwanowna... Ja, nun? Ich hab es schon satt. Ich mache selbst Schluss. Ich regulier es schon...“

„Gesatta, Wjetrow, diese Sache ist nicht deine persönliche Angelegenheit: sie geht uns alle an. Wir schieben doch nicht Kegel hier. Das sind deine eigenen Worte. Ich will gar nicht davon reden, daß man mich mit Dreck bewirft, mich vor den Leuten diskreditiert. Ich hab ja mit Kindern und Frauen zu tun. Deine Frau aber schädigt das ganze Kollektiv: sie desorganisiert die Frauen. Unter diesen Bedingungen kann ich nicht arbeiten. Und du selbst befindet dich in einer ganz dummen Lage. Deine Autorität kracht in allen Fugen. Du benimmst dich einfach schändlich, Wjetrow.“

„Nein, nein, ich bitte dich, warte nur, ich werde die Sache selbst aufwerfen. Ich brauche nur etwas, um einzuhaken.“

Angewidert und empört lachte ich ihm ins Gesicht.

„Ach so, du hast nichts, wo einzuhaken wäre, Wjetrow? Ich verachte dich. Sei so gut, geh und denke einmal nach. Du bist ein Feigling und ein Waschlappe. Morgen schon reiche ich eine Eingabe gegen dich ein.“

In panischer Angst blickte er mich verwirrt an und sah sich um, bis suche er Schutz. Galja Iwanowna, du wirst Einsehen haben und diesen Schritt nicht unternehmen. Ja, nicht?“

„Doch, doch, Wjetrow... Ich verstehe dich sehr gut. Man muß dir einen festen

Schlag versetzen damit du spürst, wie tief im Dreck du sitzt. Mit einer Hand organisierst du das Leben und mit der anderen rißt du es nieder. Das ist gemein, Wjetrow... Und das heißt... regulieren... Monacht!“

Er erhob sich, geküßt und zerschlagen verließ er mein Zimmer.

Am Morgen schrieb ich eine Eingabe an das Sekretariat der Zelle, worin ich forderte, daß unverzüglich die Frage Wjetrow als Parteiarbeiter aufgeworfen werde. Die zweite Eingabe, Wjetrows Frau betreffend, gab ich dem Kommunarat. Doch Bankin begann mich zu meiden, und wenn er mir begegnete, tat er, als sähe er mich nicht. Eines Tages packte ich ihn am Aermel und schrie ihn an: „Warum drückst du dich, Bankin? Warum setzt du meine Eingabe nicht auf die Tagesordnung? Ich werde gezwungen sein, an eine allgemeine Versammlung zu appellieren. Gib acht, Bankin!“

Er schüttelte den Kopf und sagte heiser: „Ja, weißt du... das ist nicht so einfach... Man könnte die Sache leicht übers Knie brechen... Da muß man klug und vorsichtig sein... Im großen und ganzen bin ich ja mit dir einverstanden... Wjetrows Autorität muß gefestigt werden... Prügelst du ihn ohne daß es einen Sinn hat, dann ist's aus... Auf Grund deiner Eingabe kriegst du auch deine Portion... Klatsch... Quatsch... Du bist im großen und ganzen ein Mädel... bist ein wenig starrköpfig... Jede Sache so scharf zu stellen... So ist's schwer...“

Und plötzlich wurden seine Augen ganz wild: „Wüh! nicht... Ich mache es schon... Mit der Wurzel reiße ich es aus...“

Ich redete auch mit der Tschuschkina. Böß fuhr sie mich an:

„Du bist allzu übereilt, meine Liebe. Was bohrt du da herum? Wenn Wjetrow bockig ist, so hat er einen Grund... ich weiß so manches... ich erzähl dir's mal... Mach also keine Sprünge, schlag keinen Lärm vor der Zeit... Ein Blinder hält oft den Tag für die Nacht...“

Ich war wütend, wartete aber die Ereignisse ab.

Prochor's Chirurgie

Ich erinnere mich an folgenden Vorfall, der sich in unserem gemeinsamen Speleraum zutrug. Eines Abends saßen wir zu viert beim Abendbrot am gleichen Tisch: ich, Wjetrow, Prochor und Guljaka. Wir sprachen darüber, wie schwer es war, gegen die alten Gewohnheiten der Kommune, das Schimpfen und Trinken zu kämpfen. Der Kampf war lang und hartnäckig. In einer allgemeinen Versammlung wurde ein strenger Beschluß gefaßt: das Schimpfen und Fluchen muß vom heutigen Tag an eingestellt, und an Alkohol darf nicht einmal gedacht werden. Strenge Maßnahmen sollten gegen alle ergriffen werden, die diese Vorchriften nicht einhielten. Einige der unverbesserlichsten Meister im Fluchen und Saufen mußten aus der Kommune verjagt werden. Interessant, daß alle Alkoholiker und Fluchholde auch sonst Taugenichtse waren. Und tatsächlich, während der ganzen Zeit meiner Anwesenheit in der Kommune hörte ich niemals einen der abscheulichen Mutterflüche, sah keinen einzigen Betrunknen, trotzdem ich sehr häufig in die abgelegensten Winkel eindrang, wo irgendwelche Arbeiter ohne ihre Gruppenführer arbeiteten. Manchmal schrien sie in meiner Gegenwart einander an oder waren gereizt. Einmal (es war in der Schmiede) als der Zuschläger nicht das getan hatte, was der Meister ihm befohlen hatte, wodurch alles durcheinander ging und die Arbeit unterbrochen werden mußte, stieg dem Meister das Blut so heilig ins Gesicht, daß seine Augen zu platzen drohten. Er stürzte sich auf den Burschen, brüllte ihn an, doch kein einziger Mutterfluch kam über seine Lippen. Dabel sahen sie mich nicht, ich stand versteckt.

Ich erzählte nun, am Tisch sitzend, meine Beobachtungen

„Das ist ein großer kultureller Sieg, Gewohnheiten, die in der Kindheit und in der Jugend angenommen werden — besonders das Fluchen — lassen sich nur mit allergrößter Mühe ausrotten. Die Geschichte wird es auch hoch anrechnen, Genossen.“

Ich sah, daß Wjetrow zufrieden war. (Fortsetzung folgt)

Achtung Genossen! Ausschneiden für Diskussion!

SPD-Zeitung gegen ADGB- und SPD-„Umbau“-Programm

Bekanntlich werden gegenwärtig unzählige Gewerkschaftsversammlungen ausgefüllt mit Referaten und Diskussionen über das ADGB-Programm für „Umbau der Wirtschaft“, das auch von der SPD unter dem irreführenden Titel „Sozialistische Aktion“ übernommen und propagiert wird. Wir haben die unmarxistische und bürgerlich-kapitalistische Tendenz dieses Programms schon in einer Reihe von Aufsätzen in der „SAZ“ besonders in den Artikeln des Genossen Weckerle nachgewiesen. Positiv stellen wir dem ADGB-Programm unser revolutionäres

SAP-Arbeitsbeschaffungsprogramm

gegenüber. Aber so richtig die Aufgabenstellung und die Forderungen unseres Programms und unsere Argumentation gegen das die Arbeiter in die Irre führende ADGB-Programm sind, so ist doch die vernichtende Kritik, die in einer sozialdemokratischen Zeitung an dem ADGB-Programm geübt wird, zur Agitation gegenüber sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen viel wirkungsvoller. Daher ist es von größtem Nutzen für unsere Genossen, wenn sie nachstehende Auszüge aus einer Abhandlung des sozialdemokratischen Wirtschaftlers A. Gurland in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 19. November d. J. für ihre Arbeit in Gewerkschaft und Betrieb gut ausnützen. Es ist bezeichnend, daß Gurland, mit dem wir sonst gewiß nicht einverstanden sind, aber doch die marxistischen Grundsätze noch nicht ganz über Bord geworfen hat, in den entscheidenden Punkten seiner Kritik des ADGB-Programms und der Gewerkschaftstaktik ganz mit unserer Beurteilung übereinstimmt.

Die SPD-Volksstimme schreibt:

„Planwirtschaft und Kapitalismus. Daß ein Ertrinkender nach dem Strohhalm greift, das eine Arbeiterklasse, die an der Krisennot ungeheuer schwer zu tragen hat und doch nicht die Kraft in sich spürt, dem kapitalistischen System ein Ende zu bereiten, sich an die Illusion klammern möchte, als ließe sich der Kapitalismus „umbauen“, ohne gestürzt zu werden: wer wird sich darüber wundern? Aber

dieser „Umbau“ ist nicht möglich,

eine planmäßige gesellschaftliche Leitung der Wirtschaft ist unvermeidbar mit den Profiteurinteressen der Kapitalisten, und die Tendenzen zur Verplanmäßigung der Produktion, die sich im Schoße der kapitalistischen Wirtschaft zeigen, haben mit sozialistischer Bedarfsdeckungswirtschaft nicht das geringste zu tun. Setzen sie sich durch, erreicht der Kapitalismus eine noch höhere Stufe der Konzentration und Organisation, macht die Rationalisierung noch weitere Fortschritte (und das alles ist zu erwarten), so wird damit nicht die Ausbeutung der Arbeiterklasse gemildert und nicht die Krisengesetzlichkeit des Kapitalismus aus der Welt geschafft...

Aber ebenso wäre es eine verhängnisvolle Utopie, zu glauben, als wäre ein stärkeres Eindringen des kapitalistischen Staates in die Wirtschaft, als wäre eine „staatskapitalistische“ Wirtschaftsverfassung ein Stück Sozialismus. Höhere Technik und bessere Organisation sind gewiß Voraussetzungen des Sozialismus insofern, als sie eine technische und organisatorische Apparatur schaffen, die sich von einem den Interessen der Arbeiterklasse unterworfenen Staat leichter handhaben läßt als eine technisch rückständige und in Zehntausende von Kleinbetrieben zerfallende Wirtschaft.

Wie lebt ein BVG-Arbeiter?

Aus Anlaß des BVG-Streiks hat die Scharfmacher-Direktion überall große Plakate anschlagen lassen, wie herrlich es doch den BVG-Arbeitern und Angestellten geht. Nach diesen Plakaten muß es eine reine Lust und Freude sein, bei der BVG zu arbeiten, und man begriff eigentlich gar nicht, warum die Herren Direktoren sich denn dieses einzigartige Vergnügen entgehen ließen und sich nicht selber an das Steuer setzen oder hinter die Kulisse stellen, um auch das verschwendische und üppige Leben eines BVG-Fahrers führen zu können.

Wie es damit aussieht, beweist die Angabe eines Genossen, eines Fahrers der BVG. Im Juli 1930 betrug sein Bruttolohn 269,30 Mark monatlich, im September 1932, also vor dem neuen Lohnraub, 182,16 Mark monatlich, also 87,14 M. weniger. Das ist eine Lohnkürzung von 32,36 Prozent, also von fast einem Drittel. Davon gingen ab an Abzügen Juli 1930 44,74 M., im September 31,47 M., so daß im Juli 1930 ein Nettolohn von 224,56 M., im September 1932 ein Nettolohn von 150,69 Mark übrigblieb! Hiernach betrug der Abzug monatlich 73,87 Mark, also

ein Lohnabzug von 32,89 Prozent!

Von diesen 150 M. gehen dann 60 bis 70 M. und oft noch mehr ab für die bekannten hohen Mieten, die die Verkehrsarbeiter in den BVG-Siedlungen bezahlen müssen.

Nuramt man hierzu noch den gefährlichen und gesundheitsschädlichen Dienst, bedenkt man, daß der Fahrer jeder Witterung ausgesetzt ist, dann kann man sich ausrechnen, wie es in Wirklichkeit um das herrliche Leben der BVG-Arbeiter bestellt ist.

Aber diese Voraussetzungen des Sozialismus bekommen ihren Wert für den Aufbau des Sozialismus erst in dem Moment, in dem die Diktatur der Kapitalistenklasse, die stets — auch im Rahmen einer politischen Demokratie — das soziale Gesicht eines kapitalistischen Landes bestimmt, abgelöst ist durch die Diktatur des Proletariats.

Erst dann beginnt der Umbau der Wirtschaft, erst dann kann eine planwirtschaftliche Organisation in Angriff genommen werden.

Gewerkschaftskampf ist politischer Kampf

Selbstverständlich kommt diese soziale und ökonomische Revolution nicht über Nacht. Sie setzt einen zähen und mühseligen Kampf voraus, sie setzt voraus die Sammlung der Arbeitermassen in diesem Kampf. Und sie setzt voraus eine sozialistische Politik, die die Sammlung der Massen auf dem Boden

des Klassenkampfes nicht erschwert, sondern erleichtert. Eine solche sozialistische Politik muß aber anknüpfen an die realen Lagesinteressen der Arbeitermassen, sie muß ausgehen von dem Kampf um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen im Betriebe, sie muß diesem Kampf einen politischen, einen revolutionären Inhalt verleihen. Das bedeutet, daß dieser Kampf nicht Abwehr-, sondern Offensivkampf sein muß; das bedeutet, daß nicht haltgemacht wird vor „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“, die die Kapitalisten den Arbeitern aufschwätzen versuchen, sondern daß gerade durch den unumgänglichen Kampf um den Lohn der Kapitalismus über sich selbst hinausgetrieben und den Arbeitermassen die Erkenntnis eingeprägt wird,

daß ihrem Tageskampf entscheidende Erfolge nur beschieden sein können, wenn dieser Kampf ausgeweitet wird zu einem revolutionären Kampf um die Eroberung der Macht, um den Sturz des Kapitalismus.

Jeder Gewerkschaftskampf ist ein politischer Kampf, er muß es auch im Bewußtsein derer werden, die ihn führen! Eine Trennung des gewerkschaftlichen Kampfes vom politischen Kampf ist nicht mehr möglich, und es geht nicht mehr an, daß gewerkschaftliche Kämpfe mit der reformistischen Ideologie eines „Interessenausgleichs“ und der „Sorge um den Staat“ geführt werden. Es wird an der organisierten Arbeiterschaft liegen, die Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Wie unsere Genossen und Leser der „SAZ“ ersehen, ist das hier in einer SPD-Zeitung Gesagte eine vollkommenere Bestätigung unserer stets vertretenen Auffassung. Ob Gurland, der bisherige Wirtschaftsredakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, nun deshalb unter dem Druck der ADGB- und SPD-Bürokratie gemäßigter wird, entzieht sich unserer genaueren Kenntnis. Jedenfalls erschienen in den letzten Nummern der „Ch.V.“ ein Inserat, wonach ein neuer „Wirtschaftsredakteur gesucht“ wird, und zwar für die „Chemnitzer Volksstimme“.

Das ändert natürlich nichts an der Richtigkeit der Kritik am ADGB-Programm. Diese Kritik ist selbstverständlich nicht deshalb wertvoll, weil es „gegen die ADGB-Führung“ geht, sondern deshalb, weil das ADGB-Programm für die Arbeiterklasse schädlich ist, wir aber die Aufgabe haben, den richtigen und erfolgreichen, den revolutionären Weg zu zeigen.

Unerfüllte Voraussetzungen des Sozialismus

Von J. Walcher

Außenpolitik

Außenpolitisch war die Lage klar und eindeutig. Es müßte zwischen dem Osten, der Sowjetunion, oder dem Westen, den Ententemächten gewählt werden. Beides hatte weittragende Konsequenzen. Der Anschluß an den Osten war gleichbedeutend mit der Förderung der revolutionären Kräfte nach innen und außen. Die westliche Orientierung bedeutete Unterwerfung unter die Ententestanten, Ersticken der revolutionären Energien hier wie dort. Die Scheidewänner unterstützten selbstverständlich alles, was gegen die proletarische Revolution gerichtet war.

Und wie verhielten sich die maßgebenden Unabhängigen? Darüber gibt das Protokoll über die Sitzung des Rates der Volksbeauftragten vom 19. 11. ausreichenden Aufschluß:

„Fortsetzung der Besprechung über das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion. Haase rät, dilatorisch (hinzögernd) vorzugehen... Kautsky schließt sich Haase an: Die Entscheidung müsse hinausgezogen werden. Die Sowjetregierung würde sich nicht mehr langhalten, sondern in einigen Wochen erledigt sein.“

Die Auffassung derer um Liebknecht ist bereits aus der „Roten Fahne“ vom 10. November, die noch im „Lokal-Anzeiger“ hergestellt wurde, ersichtlich. Diese Nummer enthält Direktiven für die Anhänger des Spartakusbundes, in denen es mit Bezug auf Sowjetrußland heißt:

„Insbesondere verlangen wir unverzügliche Wiederherstellung der deutschen Beziehungen zu der Sozialistischen Russischen Sowjet-Republik, des siegreichen Vortrupps der Weltrevolution; nur die Zusammenwirkung mit dieser in engster praktischer Solidarität vermag uns für die unvermeidlichen Kämpfe gegen den neu sich zusammenschließenden Weltimperialismus der deutschen wie der englischen,

amerikanischen und französischen Kapitalisten hinreichend zu stärken.“

Lohnkämpfe und Revolution

Nach der Vorstellung prominenter Unabhängiger war die Novemberrevolution durch die zahlreichen Lohnstreiks besonders gefährdet. Emil Barth, der sich mit besonderem Eifer als Streikwürger betätigte, erklärte und heraus:

„Ein Verräter an der Revolution ist der, der sie zu einer Lohnbewegung degradiert.“

In Abwehr sozialdemokratischer Angriffe, die sich auf die zahlreichen Lohnstreiks bezogen, erklärte auf dem I. Räte-Kongreß der Unabhängigen Schliesstedt:

„Dagegen wehren wir von der Linken uns besonders heftig. Gerade wir wollen die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung machen.“

Solche Auffassungen wurzelten teilweise in dem illusionären Glauben, das Proletariat sei bereits in dem Besitz der politischen Macht. Zum anderen entsprangen sie der Vorstellung, daß es möglich sei, ohne Aufriehrung der Diktatur des Proletariats, ohne Zertrümmerung des alten Staatsapparats einfach durch die Dekrete einer „sozialistischen Regierung“ den Sozialismus zu verwirklichen. Die tatsächlichen Zusammenhänge deckte Rosa Luxemburg in ihrer Programmrede auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) auf. Sie führte dort aus:

„Es liegt gerade in dem ganzen Wesen dieser Revolution, daß die Streiks sich mehr und mehr auswachsen, daß sie immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution werden müssen. Das ist dann eine ökonomische Revolution, und damit wird sie eine sozialistische Revolution. Der Kampf um den Sozialismus kann aber nur durch die Massen unmittelbar Brust an Brust mit dem Kapitalismus ausgefochten werden, in jedem Betriebe, von jedem Proletarier gegen seinen Unternehmer. Nur dann wird es eine sozialistische Revolution sein... Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht

werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden. Dort, wo sie an die Kette des Kapitals geschmiedet sind, dort muß die Kette zerbrochen werden. Nur so ist Sozialismus. Nur so kann Sozialismus gemacht werden.“

Damit habe ich, wenn auch noch bei weitem nicht auf alle, so doch auf die wichtigsten Fehler hingewiesen — ausgenommen die Stellung zur Rätefrage, die eine gesonderte Behandlung erfordert —, die zum Scheitern der November-Revolution führten. Die theoretische Nutzenanwendung aus den damaligen Erfahrungen ist in unserer Prinzipien-erklärung enthalten. Ich bin überzeugt, daß jeder Genosse, der aus innerster Überzeugung die Prinzipien unserer Partei für richtig hält, begreift, daß in allen angeführten Fragen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und nicht die Genossen um Hugo Haase die Sache der Revolution verfochten haben.

Wie groß die Unklarheit über Grundfragen der Revolution in den führenden Kreisen der USPD war, das wird sich noch bei einer Betrachtung der Parole: „Verankerung der Räte in der Verfassung“ herausstellen.

Richtigstellung. Ein „eifriger Leser“ der „SAZ“, der leider seinen Namen verschwieg, macht uns in dankenswerter Weise darauf aufmerksam, daß sich im ersten Aufsatz „Unerfüllte Voraussetzungen des Sozialismus“ von Gen. Walcher in der Dienstagnummer ein Druckfehler eingeschlichen hat. Es ist dort, in der 2. Spalte, 7. Absatz, das Wörtchen „nicht“ weggeblieben. Es muß richtig heißen: „Solange die Gesellschaft noch nicht in verschiedene Klassen zerklüftet war“ usw.

SPD verhindert Wahl eines Arbeiterbürgermeisters!

„Die wahren Interessen der klassenbewußten Arbeiter werden nur von der Sozialdemokratie vertreten.“ Diese hochtönenden Worte kann man in SPD-Zeitungen täglich an mehreren Stellen lesen. Ein Musterbeispiel dafür ist das Verhalten der SPD-Fraktion in Auerbach bei Zwickau anläßlich der Bürgermeisterwahl am vergangenen Montag. Von 81 Bewerbern waren 8 in engere Wahl gestellt. Im ersten Wahlgang erhielt der Kandidat der Rechtsfraktion 4 Stimmen, der SPD-Vorschlag ebenfalls 4 Stimmen, der KPD-Vorschlag 2 Stimmen. Das Stärkeverhältnis der Parteien ist: Bürgerliche 5, SAP 3, SPD 3, KPD 2 Sitze. Bei der SPD gab es nach diesem Ergebnis zunächst verdatterte Gesichter. Als sie sich von ihrem Schrecken einigermaßen erholt hatten, beantragte ihr Fraktionsführer zunächst 10 Minuten Vertagung, um für die folgende „Wahrnehmung der Arbeiterinteressen“ den nötigen Mut zu sammeln. Bei der darauf erfolgenden Entscheidung der Abstimmung erhielt der SAP-Kandidat die 3 Stimmen unserer Vertreter, der bürgerliche Vorschlag 5 Stimmen und die SPD — stimmte geschlossen für ihren bereits im ersten Wahlgang durchgefallenen Kandidaten! Damit war die Wahl des bürgerlichen Vertreters sichergestellt!

Tausendmal haben wir in der SPD-Presse das Geschrei darüber gelesen, daß die Kommunisten da und dort einem Bürgerlichen ins Parlament verholfen hätten, indem sie für eigne aussichtslose Vorschläge stimmten, statt aussichtsreiche SPD-Vorschläge zu unterstützen. Heute können wir die SPD in derselben Rolle entlarven. Als das Resultat dieser Wahl bekanntgegeben wurde, prasselte ein Entrüstungsturm der fast 200 Zuhörer auf diese grundsätzlichen „Sozialisten“ herunter!

Maßregelung bei Schwerin & Söhne AG

Skandalöses Verhalten des Arbeiterrats

Vor dem Arbeitsgericht Breslau wurde am Mittwoch ein Fall aus dem Textilbetrieb Schwerin u. Söhne AG verhandelt, der einerseits die Scharfmacherallüren der Betriebsleitung und andererseits ein geradezu skandalöses Verhalten der SPD-Arbeiterräte aufzeigte.

Ganz offensichtlich, um die im DMV organisierten Kollegen der Reparaturwerkstätte aus dem Betrieb zu bringen, kündigte die Firma den fünf organisierten Kollegen, während sie den zwei unorganisierten der Abteilung, obwohl sie weit kürzere Zeit dort beschäftigt sind, nicht kündigte. Zunächst gab der in seiner Mehrheit aus SPD-Mitgliedern bestehende Arbeiterrat dem Einspruch aller fünf Gekündigten statt, lehnte also die Entlassung ab.

Als die Firma sah, daß sie auf diese Art nicht zu ihrem Ziele kam, verhandelte sie wiederholt mit dem Arbeiterrat, um wenigstens zwei organisierte Kollegen entlassen zu können. Und siehe da, der Arbeiterrat gab diesem Ansinnen statt und zog

den Einspruch für die zwei Gekündigten, die die Firma vor allem los haben wollte, zurück. Dazu wurde unter Führung des sozialdemokratischen DMV-Angestellten Schneidewind eine erneute Arbeiterratsitzung zu einem Zeitpunkt einberufen, wo der Arbeiterrat dieser Abteilung, unser Genosse Stiller, wegen Feierschicht nicht anwesend sein konnte. Es ist gar kein Zweifel, daß man mit der dem Unternehmer gegebenen Zustimmung zur Entlassung vor allem unseren Genossen Smetscek aus dem Betrieb bringen wollte. Lieber Unorganisierte im Betriebe seien ein SAP-Genosse! Das scheint die Lösung für die SPD-Helden, vor allem des Arbeiterratsvorsitzenden Döring, zu sein.

Das Arbeitsgericht, vor dem dieser Fall zum zweitenmal verhandelt wurde, lehnte es ab, die offensichtlich rechtswidrige „Beschlussfassung“ des Arbeiterrats zu untersuchen, sondern stellte sich einfach auf den Standpunkt, daß der Arbeiterrat den Einspruch zurückgezogen hätte und daher die in der zweiten Verhandlung vom Genossen Kuhnert sehr wirkungsvoll vertretene Klage abzuweisen sei.